

TTIP

das Freihandelsabkommen

Transatlantic Trade
Investment Partnership

Ludwig Maier
DGB Bezirk Bayern

Positionierungen

- Die meisten Gewerkschaften haben sich in dieser Frage positioniert
- Der Tenor der Einzelgewerkschaften lautet: Ja, aber nur wenn ...
 - ... offengelegt wird Wer und Was verhandelt wird,
 - ... nur die höchsten Standards greifen → ... usw.
- Die IG Metall und Verdi setzen in ihren Positionen klare Bedingungen, die erfüllt werden müssen. Alles andere führt zu einer Ablehnung der Verhandlungen
 - IG Metall etwas offener → Exportorientiert
 - Verdi etwas deutlicher → Dienstleistung und Daseinsvorsorge
- Der DGB Bundesvorstand schließt sich dieser Haltung der Einzelgewerkschaften in seinem Positionspapier an
- *(Bedingungen am Ende der Präsentation)*

Geheime Verhandlungen

- Es ist nicht genau bekannt, wer an den Verhandlungen teilnimmt und was verhandelt wird
 - Nur einzelne Teilnehmer/innen sind bekannt
 - Welche Lobbyisten teilnehmen ist unbekannt
 - Nicht alle Verhandlungsgegenstände sind bekannt
- Das europäische BIP soll um 0,5% jährlich steigen.
 - Diese Zahl ermittelte ein EU-internes Institut
- Die Beschäftigung soll um ca. 180.000 in zehn Jahren steigen
 - Diese Zahlen ermittelte das ifo-Institut (H.-W. Sinn)
- 130 Gesprächsrunden → 119 mit Industrieverbänden und 11 mit Verbraucher/innengruppen
- *Karel De Gucht*

Investor-Staat-Klagen

- Ein Konzern kann einen Staat verklagen
 - Vattenfall verklagt die Bundesregierung wegen Atomausstieg
 - Mindestlohn kann zum Klagefall werden
 - Wenn die nationale Gesetzgebung den (erwarteten) Gewinn eines Unternehmens beeinträchtigt kann geklagt werden
- Demokratische Entscheidungen einer Nation (Gesetze) können durch Konzerninteressen ausgehebelt werden
- Entscheidung durch ein internationales Schiedsgericht
 - Entscheidung durch drei Privatpersonen
 - Entscheidung nicht öffentlich (hinter verschlossenen Türen)
- Die Entscheidung sieht keine Revision vor

Investitionsschutzabkommen

- Deutschland hat derzeit 135 gültige Investitionsschutzabkommen
- Weltweit gab es 1995 ein Dutzend Klagen – Ende 2013 gab es 568
 - Alleine die Rechtskosten pro Klage belaufen sich im Durchschnitt auf 8 Mio. \$
 - 2012 verurteilte das Schiedsgericht Ecuador zu 2,4 Mrd. \$ Strafe (3% des BIP)
- Der Kläger (Konzern) hat Rechte – nur er kann Klage führen
- Der Beklagte (Staat) hat Pflichten – er kann nicht klagen, wenn Investoren beispielsweise Arbeits- oder Menschenrechte missachten oder die Umwelt verschmutzen.
- Der „globale Süden“ kündigt mehr und mehr diese Abkommen auf
- Investorenschutz ohne Schiedsgericht
 - öffentliche Versicherungen der Multilateralen Investitionsgarantie-Agentur (MIGA)
 - Joint Ventures mit Unternehmen aus dem Gaststaat
 - Finanzierung über Kredite vor Ort ansässiger Banken

Paralleljustiz im Namen des Geldes

The logo of the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is located in the top right corner. It consists of a red parallelogram shape with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font inside it.

- Kein ordentliches Gericht der Welt hat so viel Macht wie die privaten Tribunale, die über Investor-Staat-Klagen entscheiden.

- „Wenn ich nachts aufwache und über Schiedsverfahren nachdenke, bin ich immer wieder überrascht, dass souveräne Staaten sich auf die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit eingelassen haben. Drei Privatpersonen haben die Befugnis, und zwar ohne jegliche Einschränkung und Revisionsverfahren, alle Aktionen einer Regierung, alle Entscheidungen der Gerichte, alle Gesetze und Verordnungen des Parlaments zu überprüfen“.
 - zitiert nach einem Schiedsrichter (Corporate Europe Observatory / Transnational Institute, 2012)

Hintergrundinformationen

DGB

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

INTERNATIONALE POLITIKANALYSE

Investitionsschutz am Scheideweg

TTIP und die Zukunft des globalen Investitionsrechts

PIA EBERHARDT
Mai 2014

- Verbrauchersicherheit bei schädlichen Stoffen
 - EU: Der Hersteller muss beweisen, dass der Stoff unschädlich ist
 - USA: Der Verbraucher/Staat muss beweisen, dass der Stoff schädlich ist
- Standards zur Anwendung von Nanotechnologie sollen gesenkt werden
- Fracking-Gas könnte billig in die EU importiert werden
 - Das würde den Druck auf die Bevölkerung drastisch erhöhen auch in der EU diese Methode anzuwenden
 - Die Langfrist-Folgen von Fracking sind nicht bekannt (Grundwasser usw.)
 - Trotzdem werden in der Oberpfalz bereits Probebohrungen vorgenommen – abgesegnet durch die Bayer. Staatsregierung
- Grundsätzlich: Die hohen Schutznormen und –hürden in der EU würden durch das TTIP unter großen Druck geraten

Gentechnik und Lebensmittel

- Angleichung von Regeln und Qualitätsstandards
 - Verwenden von genmanipulierten Futterpflanzen
 - Züchten von geklonten Tieren
 - Wachstumshormone bei Nutztieren
- Nulltoleranz für gentechnisch veränderte Lebensmittel soll aufgehoben werden
- Kennzeichnungspflicht der Lebensmittel abschwächen
- Behandlung von Rindfleisch mit Milchsäure
- Behandlung von Hähnchenfleisch mit Chlor
- Die handwerkliche bäuerliche Struktur in der EU würde dadurch noch heftiger von der Agrarindustrie verdrängt werden

Daseinsvorsorge

- Daseinsvorsorge ist ausgegrenzt aber nicht definiert
 - Was zählt alles zur Daseinsvorsorge
 - Ist es sinnvoll die Daseinsvorsorge zu definieren (Städtetag)
- Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen → das bedeutet weitere Privatisierungen in den Bereichen
 - Bildung – Kulturförderung
 - Gesundheit – soziale Dienstleistungen
 - Abwasser- und Müllentsorgung
 - Energie, Verkehr und Wasserversorgung
- Die Einflussmöglichkeiten der Länder und Kommunen auf die regionale Wirtschaftsentwicklung nimmt weiter ab

- Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens
 - Unternehmen aus EU und USA können sich um den Ein- oder Verkauf von Waren und Dienstleistungen sowie um die Vergabe von Aufträgen bewerben
 - Nahezu globaler Wettbewerb drückt die Arbeitsbedingungen
 - Sog. Local-Content-Klauseln für Kommunen werden ausgehebelt
- Auch durch TiSA (Trade in Services Agreement) wird die lokale oder nationale Regulation der Märkte immer begrenzter möglich sein
- TiSA gefährdet beispielsweise Dienstleistungen, die in öffentlich-privater Hand sind

Trade in Services Agreement

- TiSA ist in seinem Ausmaß vergleichbar mit dem TTIP – die rechtliche Fundierung in der EU ist ebenso fraglich
- Verhandlungen zwischen der EU und 21 anderen Ländern (darunter die USA, Türkei, Kanada, Mexiko, Australien und Japan), um den Handel mit Dienstleistungen zu liberalisieren
- Damit werden nationale Märkte für ausländische Investoren geöffnet, die teilweise sogar ihre eigenen Arbeiter/innen mitbringen können
- Liberalisierung öffentlicher Güter wie Abfallentsorgung, Energie, Bildung und Gesundheit oder anderer Dienstleistungen wie z.B. Datenschutz, Finanzdienstleistungen, Kommunikation und Umweltschutz
- Das Abkommen wird außerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt und somit den Weg ebnet für zukünftige plurilaterale statt multilaterale Abkommen. Die BRICS-Staaten sind dagegen

Arbeitsbedingungen

- Anerkennung der ILO-Kernarbeitsnormen
 - USA nur 2 von 8 (Verbot von Kinderarbeit und Sklavenarbeit)
- Umgang mit Rechten der Arbeitnehmer/innen
 - Verhinderung von Gewerkschaften und Tarifverträgen in den USA
- Jeder Veränderung der Rahmenbedingungen wirkt sich mittelbar oder unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen aus
- Es ist zu prüfen, inwieweit mögliche gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne auch tatsächlich die Lebenssituation der Menschen in Europa und den Vereinigten Staaten verbessern.

Forderungen des DGB



- Damit das Abkommen eine positive Wirkung entfalten kann, muss es aus Sicht der Gewerkschaften insbesondere:
- unter umfassender demokratischer Beteiligung der Parlamente und der Zivilgesellschaft verhandelt und kontrolliert werden,
- (Es muss) klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards beinhalten und in keiner Weise soziale und ökologische staatliche Regulierung behindern (wozu auch die Möglichkeit gehört, öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung sozialer Bedingungen zu knüpfen),

Forderungen des DGB

The logo of the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is located in the top right corner. It consists of a red parallelogram shape with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font inside it.

- (Es muss) garantieren, dass für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens die selben Arbeitsstandards und -rechte gelten, wie für andere Beschäftigte im Zielland,
- (Es darf) nicht zu einer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche – insbesondere öffentlicher Dienstleistungen – führen, oder Reregulierung behindern,
- (Es darf) keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, die zu einer Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten führen könnten, oder die Möglichkeiten des Staates beschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen.

Offene Fragen

- Es gibt zu viele offene Fragen ...
- Wenn die Zölle wegfallen ...
 - ... der Haushalt der EU besteht zu 1/8 aus Zöllen
 - ... ein Großteil daraus kommt aus den USA
- Wem nützt dieses Abkommen am meisten?
 - Was haben die Bürger von diesem Abkommen
- Wir brauchen eine Politik für die Menschen, wie es im EG-Vertrag Artikel 2 beschrieben ist:
- „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, (...) die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.“

Ein guter Überblick

- Das Freihandelsabkommen mit den USA in der Kritik



- Herausgegeben von Ska Keller (Die Grünen im Europäischen Parlament)

... noch Fragen?

DGB

**Vielen Dank
für die
Aufmerksamkeit**

Ludwig Maier
DGB Bayern
Abt. Wirtschaft

ludwig.maier@dgb.de
Schwanthalerstr. 64
80336 München